

Schnellinfo 02/2015, 20.02.2015

Inhalt

In eigener Sache

- Lesung „Am Fuße der Festung“
- Vernetzungstreffen am 06.03.2015
- Filmvorführung „persona non data“
- Diskussion über Kosovo-Flüchtlinge
- Nächstes Treffen der AG UMF

Aus aktuellem Anlass

- Land fördert ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit
- Bezirksregierung vergibt Integrationspreis

Aus den Initiativen

- Dortmunder Flüchtlinge protestieren gegen mangelhafte Unterkunft

Europa

- Über 300 Flüchtlinge sterben im Mittelmeer
- Griechenland schließt Flüchtlingslager
- Illegale Zurückweisungen an EU-Ostgrenzen

Deutschland

- Diskussion um Kirchenasyl
- Bundesfinanzministerium zur Kontoeröffnung für Geduldete
- Unterstützung für UNHCR-Programme
- Asylverfahren mittlerweile schneller
- Keine Dublin-Überstellungen nach Griechenland
- Unklarheit über Verpflichtungserklärungen
- Kostenbefreiung zum Integrationskurs für syrische Familienangehörige
- Flüchtlingsfeindliche Aktivitäten weiter auf hohem Niveau

- Brandenburg führt Gesundheitskarte für Flüchtlinge ein

Nordrhein-Westfalen

- Umsetzung der Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels
- Neue Aufnahmeeinrichtungen in Leverkusen, Düsseldorf und Rees?
- Hygiene-Mängel in Kerkener Einrichtung
- Aktivistinnen verhindern Abschiebung

Rechtsprechung und Erlasse

- EGMR erlaubt Überstellungen nach Italien
- VG München zur Altersfestlegung
- VG Berlin stoppt Überstellung nach Ungarn

Zahlen und Statistik

- Ergänzungen zur Asylstatistik 2014
- Bundesregierung veröffentlicht Zahlen zu in Deutschland lebenden Flüchtlingen
- Zahl der Abschiebungen gestiegen
- 25.042 Asylanträge im Januar 2015

Materialien

- Broschüre „Deutschkurseangebote für Flüchtlinge“
- Bericht zur Ausbildung von Geduldeten
- Informationsbroschüre für Flüchtlinge
- Handreichung zur Unterstützung von Flüchtlingen
- Flyer zur „Berufsbezogenen Deutschförderung“
- Ratgeber für Opfer rechter Gewalt
- Länderberichte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

Termine

In eigener Sache

Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW am 14.03.2015

Datum: Samstag, 14. März 2015 von 11.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Wittener Straße 201, 44803 Bochum

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen, wir möchten Sie/ Euch hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten! Die Beteiligung an der Diskussion und Arbeit ist erwünscht.

Die Tagesordnung mit den Programmpunkten finden Sie in Kürze auf unserer Website.

Mit herzlichen Grüßen

Heinz Drucks, Kirsten Eichler, Ali Ismailovski, Ingo Pickel, Frank Thomas Wortmann (Vorstand des Flüchtlingsrats NRW)

Lesung „Am Fuße der Festung“

Der Flüchtlingsrat NRW lädt für den 25.02.2015 zu einer Lesung mit Johannes Bühler ein. Der junge Autor porträtiert in seinem Debütroman „Am Fuße der Festung“ Flüchtlinge, die auf ihrem Weg nach Europa in Marokko gestrandet sind. Für sein Buch recherchierte er acht Monate lang in verschiedenen marokkanischen Städten und führte Interviews mit Menschen, die weder zurück in ihre Heimat, noch vorwärts nach Europa können und von der marokkanischen Gesellschaft, in der sie leben, nicht akzeptiert werden.

Die Veranstaltung findet am 25.02.2015 um 19.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, in Bochum statt.

Interessierte können sich bis zum 23.02.2015 unter der E-Mail-Adresse initiativen@fnnrw.de zu der Lesung anmelden.

Internetseite „Am Fuße der Festung“

Vernetzungstreffen am 06.03.2015

Nachdem unsere dreiteilige Seminarreihe „Herausforderungen der flüchtlingspolitischen Arbeit erfolgreich bewältigen“ großen Anklang gefunden hat, möchten wir unser Veranstaltungsangebot für Eh-

renamtliche gerne fortsetzen. Wir laden daher am 06.03.2015 zu einem Austausch- und Vernetzungstreffen ein. Ziel der Veranstaltung ist es, Ihnen die Gelegenheit zu bieten, den teilweise bereits begonnen Austausch zu vertiefen und gegenseitig von Ihren praktischen Erfahrungen zu profitieren. Es soll darum gehen, gemeinsam offene Fragen und Probleme zu diskutieren, aber auch positive Praxiserfahrungen und eventuelle Lösungsansätze auszutauschen. Wir freuen uns daher sehr, Thomas Zitzmann, Leiter des Teams „Freiwilligenarbeit“ des Kölner Flüchtlingsrat e.V. zu begrüßen, der uns zu Beginn unseres Treffens einen kurzen Überblick über die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in Köln geben und über die Freiwilligenprojekte des Kölner Flüchtlingsrates („Forum für Willkommenskultur“, „Außerschulische Betreuung von Flüchtlingskindern“ und „Mentoren für Flüchtlingsfamilien“) berichten wird. Das Treffen findet am 06.03.2015 ab 16.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW statt. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 27.02.2015 unter der E-Mail-Adresse aktionen@fnnrw.de verbindlich anzumelden.

Filmvorführung „persona non data“

Im Sommer 2014 veröffentlichte die Filmemacherin Dorothea Carl die Dokumentation „persona non data“. Vierzehn Menschen erzählen darin unkommentiert ihre Fluchtgeschichte. Durch diesen Einblick kann der Film zur Sensibilisierung beitragen und Flüchtlingsarbeit unterstützen. Initiativen, die daran interessiert sind, Filmvorführungen vor Ort zu organisieren, können sich unter der E-Mail-Adresse [post\(at\)do-ca.de](mailto:post(at)do-ca.de) an die Produzentin wenden. Der Flüchtlingsrat NRW zeigt den Film in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Nordrhein-Westfalen, Kreisgruppe Bochum am 17.03.2015 um 19.30 Uhr im Haus der Begegnung, Alsenstraße 19a, in Bochum.

persona non data - Internetseite zum Film

Diskussion über Kosovo-Flüchtlinge

In der Diskussion über die gestiegenen Asylantragszahlen von Flüchtlingen aus dem Kosovo hat sich der Flüchtlingsrat NRW am 12.02.2015 mit einer Pressemitteilung zu Wort gemeldet. Darin kritisiert er die Aussagen des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger, nach denen die Flüchtlinge „Opfer falscher Versprechen von kriminellen Schleuserbanden“ seien. Mit seinen Äußerungen unterstelle Jäger den Asylsuchenden kollektiv, allein aus wirtschaftlichen Gründen und aufgrund von Naivität ihr Herkunftsland zu verlassen und somit keinen Anspruch auf Flüchtlingsschutz in Deutschland zu haben. Die Rhetorik des Innenministers fördere eine ablehnende Haltung gegenüber Asylsuchenden in der Bevölkerung. „Es ist sehr bedauerlich, dass NRWs Innenminister diesen Diskurs befeuert und die Not der

Kosovaren derart missachtet“, stellt Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW e.V., besorgt fest. „Existenzbedrohende Armut und Perspektivlosigkeit sind als Fluchtursachen nicht zu bagatellisieren“.

PRO ASYL warnte indes in einer Pressemitteilung vom 11.02.2015 davor, den Kosovo zum „sicheren Herkunftsland“ zu erklären. „Die individuelle Prüfung ist das Herzstück des Asylverfahrens“, so Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von PRO ASYL. Die Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ nach der jeweiligen politischen Großwetterlage sei mit verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar.

Flüchtlingsrat NRW: Äußerungen des NRW-Innenministers über Kosovaren unerträglich (12.02.2015)

PRO ASYL: Statt Asylrecht verschärfen, gegen Armut und Diskriminierung vorgehen (11.02.2015)

Ministerium für Inneres und Kommunales: Schnellere Asylverfahren für Flüchtlinge aus dem Kosovo sind das Gebot der Stunde (13.02.2015)

Nächstes Treffen der AG UMF

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe unbegleitete minderjährige Flüchtlinge findet am 21.02.2015 von 11.00 bis 15.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW in Bochum statt. Interessentinnen waren gebeten worden, sich bis zum 18.02.2015 unter der E-Mail-Adresse [info\(at\)frnrw.de](mailto:info(at)frnrw.de) verbindlich anzumelden.

Treffen der Arbeitsgruppe UMF

Aus aktuellem Anlass

Land fördert ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in NRW mit einer Million Euro fördern. Das teilte das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales in einer Pressemitteilung vom 06.02.2015 mit. Die Fördermittel können von den Kommunalen Integrationszentren (KI) in den Kreisen und kreisfreien Städten beantragt und

beispielsweise an Flüchtlingsinitiativen, Ehrenamtsagenturen, Integrationsagenturen, Kirchengemeinden oder Moscheevereine verteilt werden. Je KI-Standort stehen 18.000 Euro für die Arbeit vor Ort zur Verfügung. Die Ehrenamtlichen können damit beispielsweise Spiel-, Unterrichts- oder Schreibmaterial für ihre Arbeit anschaffen. Auch Ausgaben für Fahrtkosten oder die Durchführung von Teamsitzun-

gen oder Informationsveranstaltungen können erstattet werden.

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales: Eine Million Euro für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit (06.02.2015)

Kommunale Integrationszentren

Bezirksregierung vergibt Integrationspreis
Unter dem Motto „Willkommen in der Nachbarschaft“ sucht die Bezirksregierung Arnsberg Bewerberinnen für ihren diesjährigen Integrationspreis.

Mitmachen können ehrenamtlich tätige Bürgerinnen, Initiativen, Vereine sowie Migrantinnenselbstorganisationen, die neu zugewanderten Menschen helfen, sich in der Gesellschaft willkommen und akzeptiert zu fühlen. Ihr Engagement sollte lokal vernetzt, vorbildhaft und innovativ sein. Die Gewinnerin erhält ein Preisgeld von 2.500 Euro.

Integrationspreis der Bezirksregierung Arnsberg

Aus den Initiativen

Dortmunder Flüchtlinge protestieren gegen mangelhafte Unterkunft

125 in Dortmund lebende Flüchtlinge haben sich mit einem Schreiben an die Stadtverwaltung gewandt, in dem sie zahlreiche Mängel und Missstände in einer Notunterkunft benennen und die Verantwortlichen dazu auffordern, die Einrichtung zu schließen. In der umgebauten Sporthalle mangle es an Privatsphäre, Duschkabellen und sogar an Lebensmitteln. Am 31.01.2015 nahmen rund 280 Menschen an einer Demonstration in der Dortmunder Innenstadt teil, um sich mit den Forderungen der Flüchtlinge zu solidarisieren.

teil, um sich mit den Forderungen der Flüchtlinge zu solidarisieren.

Der Westen: Flüchtlinge kritisieren Unterkunft in Dortmunder Sporthalle (22.01.2015)

Refugees Welcome Dortmund: 280 Menschen demonstrieren für eine solidarische Gesellschaft (31.01.2015)

Europa

Über 300 Flüchtlinge sterben im Mittelmeer

Bei einer neuerlichen Bootskatastrophe im Mittelmeer sind über 300 Flüchtlinge ums Leben gekommen. Mehrere Boote waren Mitte Februar vor der Küste Libyens gekentert. In einer ersten Reaktion forderte PRO ASYL am 11.02.2015, unverzüglich einen europäischen Seenotrettungsdienst einzurichten. „Deutschland darf nicht wegsehen, es braucht Schiffe, Technik und Personal. Hieran muss sich die Bundesrepublik ernsthaft beteiligen“ so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Bislang stelle Deutschland nur einen Hubschrauber zur Überwachung der Grenzen, kein einziges Schiff sei entsendet worden. „Die Länder Europas dürfen nicht länger zusehen, wie Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten vor verschlossenen Grenzen stehen und dann verzweifelt versuchen, ihr Leben zu retten und dabei elend zugrunde gehen.“

dann verzweifelt versuchen, ihr Leben zu retten und dabei elend zugrunde gehen.“

Tagesschau: Massengrab Mittelmeer (11.02.2015)

PRO ASYL: Hunderte Tote vor Lampedusa (11.02.2015)

Griechenland schließt Flüchtlingslager

Die neue griechische Regierung hat Mitte Februar angekündigt, die überfüllten Flüchtlingslager des Landes zu schließen. Das berichteten verschiedene Medien am 15.02.2015. Nach einem Besuch in einem Aufnahmelager äußerte ein Regierungsvertreter seine Beschämung für die Zustände in den Ein-

richtungen. Die haftähnliche Unterbringung in geschlossenen Aufnahmezentren soll nun durch besser ausgestattete offene Auffangeinrichtungen ersetzt werden.

Panorama: Griechenland will Flüchtlingslager schließen (15.03.2015)

Illegale Zurückweisungen an EU-Ostgrenzen

Mehrere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollen Asylsuchende illegal in die Ukraine abgeschoben haben, ohne zuvor ihre Fluchtgründe zu prüfen. Das berichtete das Nachrichtenmagazin Report Mainz in der Sendung vom 17.02.2015. In der Ukraine würden sie regelmäßig bis zu ein Jahr lang inhaf-

tiert. Die Europäische Union habe die Einrichtung solcher Haftanstalten finanziell gefördert. PRO ASYL geht davon aus, dass diese so genannten Push-Backs „keine versehentlichen Ausrutscher von Grenzbeamten an der EU-Außengrenze“ sind. In einer Pressemitteilung vom 17.02.2015 schreibt die Organisation, an vielen Grenzabschnitten würden Push-Backs systematisch eingesetzt, um Flüchtlinge abzuwehren.

Report Mainz: Asylhölle Ukraine (17.02.2015)

PRO ASYL: Europa finanziert Flüchtlingsgefängnisse in der Ukraine (17.02.2015)

Deutschland

Diskussion um Kirchenasyl

Mit seinen kontroversen Äußerungen gegenüber hochrangigen Vertretern der katholischen Kirche hat Bundesinnenminister Thomas De Maizière eine neue Debatte über die Legitimität des Kirchenasyls ausgelöst. So hatte er Ende Januar erklärt, als Verfassungsminister lehne er das Kirchenasyl „prinzipiell und fundamental ab“. Glaubensgemeinschaften dürften sich nicht über bestehende Gesetze hinwegsetzen. Während der Minister bereits für diese Äußerung Kritik von Kirchenvertreterinnen und Flüchtlingsorganisationen geerntet hatte, distanzieren sich schließlich auch Teile seiner eigenen Partei, nachdem er am 08.02.2015 in einem Radiointerview das Kirchenasyl in die Nähe des islamischen Rechts, der Scharia, gerückt hatte. Die Kirchen erklärten indes, auch weiterhin an der Praxis festhalten zu wollen. Unterstützung erhielten sie dabei von Oppositionspolitikerinnen und auch von Vertreterinnen der SPD.

In einer Stellungnahme vom 06.02.2015 bezeichnete Wolf-Dieter Just, Ehrenvorsitzender der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“, die Äußerungen des Innenministers als „schwer nachvollziehbar“. Der Verfassungsminister müsste den Kirchengemeinden eigentlich dankbar sein, weil sie durch ihr Engagement schwere Menschenrechtsverletzungen verhinderten. Zudem sei das Kirchenasyl quantitativ vollkommen irrelevant.

Was aber die Gegnerinnen dieser Praxis störe, sei offenbar „das Zeichenhafte, das jedem Kirchenasyl anhaftet, der Protest gegen die Inhumanität und Ungerechtigkeit deutscher und europäischer Asylpolitik“.

Spiegel: De Maizière rügt Kirchenasyl (30.01.2015)

Deutschlandfunk: „Missbrauch des Kirchenasyls“ (08.02.2015)

Wolf-Dieter Just: Kirchenasyl ist Menschenrechtsschutz (06.02.2015, PDF, 0,3 MB)

Bundesfinanzministerium zur Kontoeröffnung für Geduldete

In einem Schreiben an das sächsische Wirtschaftsministerium vom 16.12.2014 hat das Bundesministerium für Finanzen zur Frage der Kontoeröffnung für Flüchtlinge Stellung genommen. Darin stellt das Ministerium klar, dass auch eine Meldebescheinigung als „Legitimationsgrundlage für eine Kontoeröffnung herangezogen werden“ kann, wenn diese ein Lichtbild enthält. Dabei bestehe „unter Geldwäsche Gesichtspunkten kein signifikant erhöhtes Missbrauchsrisiko im Vergleich zu denjenigen Aufenthaltsgestattungen, die ebenfalls beruhend auf eigenen Angaben des Asylsuchenden und ohne weiter-

gehende Prüfung durch die zuständigen Behörden ausgestellt werden“.

Unterstützung für UNHCR-Programme

Die deutsche Bundesregierung hat die weltweiten UNHCR-Hilfeinsätze im letzten Jahr mit 139,4 Millionen US-Dollar unterstützt. Das berichtete das Flüchtlingskommissariat in einer Pressemitteilung vom 30.01.2015. Dies bedeute eine Rekordsumme und Verdoppelung der finanziellen Zuwendungen innerhalb der letzten beiden Jahre. Über die Hälfte der Beiträge der Bundesregierung flossen in UNHCR-Hilfsprogramme für Flüchtlinge und Binnenvertriebene aus Syrien und dem Irak. Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die Krisenherde in Afrika mit Zuwendungen von insgesamt über 30 Millionen US-Dollar.

UNHCR: Deutschland stellte Rekordsumme für UNHCR-Hilfsprogramme bereit (30.01.2015)

Asylverfahren mittlerweile schneller

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge benötigt zurzeit im Schnitt rund sechs Monate, um über einen Asylantrag zu entscheiden. Das berichtet Der Spiegel am 29.01.2015 auf seiner Internetseite. Im Juli 2014 waren es noch knapp acht Monate gewesen. Die Reduzierung der Verfahrensdauer sei darauf zurückzuführen, dass die Behörde rund 300 neue Mitarbeiterinnen eingestellt habe. Für 2015 seien 350 weitere Stellen bewilligt worden. PRO ASYL kritisierte die Angaben des Bundesamts in einer Pressemitteilung vom 03.02.2015 als „Zahlen-trick“. Zeitnahe Asylverfahren seien noch immer nicht in Sicht. Das Einzige was helfe, sei eine weitere Personalaufstockung beim Bundesamt.

Spiegel: Asylverfahren dauern nicht mehr so lange (29.01.2015)

PRO ASYL: Zahlenspiele beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (03.02.2015)

Keine Dublin-Überstellungen nach Griechenland

Das Bundesministerium des Innern hat angeordnet, auch weiterhin keine Asylsuchenden nach Griechenland zu überstellen. Das berichtete die Tagesschau

am 22.01.2015 auf ihrer Internetseite. Grund dafür seien gravierende Mängel im griechischen Asylsystem. Die Bundesrepublik verzichtet bereits seit 2011 darauf, Flüchtlinge auf Grundlage der Dublin-Verordnung nach Griechenland zu überstellen.

Tagesschau: Abschiebestopp nach Griechenland (22.01.2015)

Unklarheit über Verpflichtungserklärungen

In den vergangenen Monaten hatte das Bundesinnenministerium mehrfach seine Rechtsauffassung betont, nach der Verpflichtungserklärungen, die für die Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge abgegeben wurden, auch dann fortwirken, wenn die Flüchtlinge im Asylverfahren einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben. Im Gegensatz dazu hat das niedersächsische Innenministerium in einem Erlass vom 18.12.2014 festgestellt, dass mit der Erteilung eines Aufenthaltstitels nach einer Flüchtlingsanerkennung ein Wechsel des Aufenthaltszwecks eingetreten ist. Damit erlischt nach niedersächsischer Rechtsauffassung die Verpflichtungserklärung mit Zuerkennung des Schutzstatus.

Kostenbefreiung zum Integrationskurs für syrische Familienangehörige

Grundsätzlich sind die Verpflichtungsgeberinnen syrischer Angehöriger zur Zahlung des Eigenanteils im Integrationskurs verpflichtet. Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 IntV kann das Bundesamt von der Heranziehung zum Eigenanteil jedoch befreien, wenn „diese für den Teilnehmereberechtigten unter Berücksichtigung seiner persönlichen Umstände und wirtschaftlichen Situation eine unzumutbare Härte darstellen würde“. Das teilte die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender in einem Rundschreiben vom 22.01.2015 mit.

Flüchtlingsfeindliche Aktivitäten weiter auf hohem Niveau

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 26.01.2015 haben PRO ASYL und die Amadeu Antonio Stiftung vor einem „Klima der Angst“ in Deutschland gewarnt: Die beiden Organisationen haben im vergangenen Jahr bundesweit 153 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert. In 77 Fällen wurden tätliche Angriffe auf Flüchtlinge dokumen-

tiert. Hinzu kamen 256 Kundgebungen und Demonstrationen, die sich gegen Flüchtlinge richteten. In Folge der vielen Anschläge und Übergriffe lebten Flüchtlinge und Migrantinnen in Deutschland vielerorts in Angst.

Die linke Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke stellt auf ihrer Internetseite ebenfalls eine Übersicht der Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte bereit, die im Jahr 2014 durch die Behörden registriert wurden. In der Auflistung fehlten jedoch zahlreiche flüchtlingsfeindliche Vorfälle, so Jelpke.

PRO ASYL und Amadeu Antonio Stiftung: Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL warnen vor Klima der Angst (26.01.2015)

Ulla Jelpke: Bundesregierung verharmlost rassistische Mobilisierung und Gewalt (10.02.2015)

Brandenburg führt Gesundheitskarte für Flüchtlinge ein

Die rot-rote brandenburgische Landesregierung will die medizinische Versorgungslage für Flüchtlinge verbessern. Gesundheitsministerin Diana Golze kündigte in einer Pressemitteilung vom 09.02.2015 an, eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einzuführen, „mit der Asylsuchende ganz normal zum Arzt gehen können“. Damit sollen Asylsuchende in Brandenburg künftig unbürokratischer als bisher eine medizinische Behandlung in Anspruch nehmen können.

Diana Golze: Bekämpfung der Kinderarmut hat Priorität (09.02.2015)

Nordrhein-Westfalen

Umsetzung der Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels

Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat am 02.02.2015 einen Bericht zum aktuellen „Stand der Umsetzung der Vereinbarungen des Flüchtlingsgipfels“ veröffentlicht. Demnach ist die bis Ende 2014 angestrebte Erhöhung der Aufnahmekapazitäten fast vollständig erreicht worden. Bis zum 15.01.2015 wurde die Regelkapazität gegenüber dem Stand zum Flüchtlingsgipfel am 20.10.2014 um 1.740 Plätze erhöht. Zudem sei das Ministerium mit den Verbänden in einen Dialog zur Neukonzipierung der Flüchtlingsunterbringung getreten. Außerdem seien Qualitätsstandards für die Aufnahmeeinrichtungen festgelegt worden, die regelmäßig überprüft würden.

Ministerium für Inneres und Kommunales: „Aktueller Stand der Umsetzung der Vereinbarungen des Flüchtlingsgipfels“ (02.02.2015, PDF, 1,1 MB)

Neue Aufnahmeeinrichtungen in Leverkusen, Düsseldorf und Rees

In Leverkusen soll eine neue Erstaufnahmeeinrichtung für bis zu 1.000 Flüchtlinge entstehen. Das be-

richtete die Rheinische Post am 21.01.2015 unter Berufung auf Leverkusens Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn. Mittlerweile ist allerdings unklar, ob das Vorhaben tatsächlich umgesetzt wird. Am 10.02.2015 meldete die Rheinische Post, dass die Entscheidung auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. In Düsseldorf will das Land ebenfalls eine neue Erstaufnahmestelle einrichten. In einer ehemaligen Kaserne könnten ab Herbst 2015 rund 600 Flüchtlinge aufgenommen werden.

Auch in Rees bei Wesel soll eine neue Aufnahmeeinrichtung entstehen. Hier sollen ab März bis zu 150 Aufnahmeplätze zur Verfügung stehen.

Rheinische Post: Stadt stellt neues Flüchtlingskonzept vor (31.01.2015)

Der Westen: 600 Flüchtlinge sollen in Düsseldorfer Kaserne unterkommen (10.02.2015)

Erstaufnahme-Einrichtung für Flüchtlinge wird in Rees im März eröffnen (05.02.2015)

Hygiene-Mängel in Kerkener Einrichtung
In einer Zentralen Unterbringungseinrichtung in Kerken am Niederrhein sind Anfang Februar schwere hygienische Mängel bekannt geworden. Die Rheinische Post berichtete am 08.02.2015, dass in der Einrichtung, die vom Land NRW betrieben wird, 30 Fälle von Magen-Darm-Erkrankungen aufgetreten waren, die einen Großeinsatz von Rettungskräften ausgelöst hätten. Nach Recherchen des WDR mussten sich bis zu 100 Bewohner zwei Toiletten teilen. Das ehemalige Hotel, in dem zwischenzeitlich über 350 Flüchtlinge untergebracht waren, soll zum Teil wochenlang nicht gereinigt worden sein.

Rheinische Post: Großalarm in Kerken - Verdacht auf Norovirus (08.02.2015)

WDR: Wie schlimm sind die Zustände in Kerken? (10.02.2015)

Aktivistinnen verhindern Abschiebung
Aktivistinnen haben am 05.02.2015 in Dortmund eine Abschiebung durch eine Sitzblockade verhindert. Die rund 100 überwiegend jungen Menschen hatten sich vor die Tore der Flüchtlingsunterkunft gesetzt und so verhindert, dass die Mitarbeiterinnen der Ausländerbehörde einen pakistanischen Flüchtling abholen konnten. Der 23-Jährige sollte auf Grundlage der Dublin III-Verordnung nach Italien überstellt werden.

Ruhrbarone: Antirassisten verhindern Abschiebung in Dortmund (05.02.2015)

Rechtsprechung und Erlasse

EGMR erlaubt Überstellungen nach Italien
Mit Urteil vom 05.02.2015 (Az.: 51428/10) hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Überstellung eines somalischen Flüchtlings von den Niederlanden nach Italien für zulässig erklärt. In seiner Entscheidung verwies der Gerichtshof auf die Tatsache, dass der Antragsteller ein junger Mann ohne körperliche Einschränkungen und familiäre Abhängigkeiten sei. Auch könne die Aufnahmesituation in Italien nicht mit der in Griechenland verglichen werden. Die Aufnahmebedingungen in dem südeuropäischen Land stellten für sich genommen kein Hindernis für die Überstellung von Asylsuchenden dar.

EGMR: Somali national seeking to avoid return from the Netherlands to Italy (05.02.2015, PDF, 0,1 MB)

VG München zur Altersfestlegung
Mit Beschluss vom 17.11.2014 (Az.: M 18 E 14.4704) hat das Verwaltungsgericht München eine Kommune dazu verpflichtet, einen mutmaßlich minderjährigen Flüchtling bis zur endgültigen Klärung seines Alters im Rahmen des anhängigen Hauptsacheverfahrens in Obhut zu nehmen und in einer geeigneten Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung unterzubringen. Mitarbeiter des Jugendamtes hatten den Flüchtling

aufgrund eines „ausführlichen sozialpädagogischen Gespräches“ als volljährig eingeschätzt. Das Gericht entschied nun, dass dies zur Alterseinschätzung nicht ausreicht. Eine zuverlässige Altersdiagnostik setze vielmehr voraus, dass im Wege einer zusammenfassenden Begutachtung (auch) die Ergebnisse einer körperlichen Untersuchung sowie einer zahnärztlichen Untersuchung zu einer abschließenden Altersdiagnose zusammengeführt würden.

VG München: M 18 E 14.4704 (17.11.2014)

VG Berlin stoppt Überstellung nach Ungarn
Mit Beschluss vom 15.01.2015 (Az.: 23 L 899.14 A) hat das Verwaltungsgericht Berlin die geplante Dublin-Überstellung eines Flüchtlings nach Ungarn vorübergehend gestoppt. Eine summarische Würdigung der aktuellen Erkenntnisse begründete die Annahme, dass alleinstehenden erwachsenen Dublin-Rückkehrerinnen bei einer Abschiebung nach Ungarn die willkürliche und unverhältnismäßige Inhaftierung und damit eine Verletzung ihres Rechts auf Freiheit aus Art. 6 EU-GR-Charta und Art. 5 EMRK drohe.

Verwaltungsgericht Berlin: 23 L 899.14 A (15.01.2015)

Zahlen und Statistik

Ergänzungen zur Asylstatistik 2014

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke zahlreiche statistische Angaben zu Flüchtlingen in Deutschland gemacht. Aus dem Dokument geht unter anderem hervor, wie viele Flüchtlinge aus welchen Herkunftsländern im vergangenen Jahr einen Schutzstatus erhalten haben und wie lange die Bearbeitung der Anträge dauerte.

Bundesregierung: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2014 (28.01.2015, PDF, 4,0 MB)

Bundesregierung veröffentlicht Zahlen zu in Deutschland lebenden Flüchtlingen

In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der linken Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke hat das Bundesministerium des Innern am 09.02.2015 aktuelle Zahlen zu in Deutschland lebenden Flüchtlingen veröffentlicht. Demnach hielten sich zum Stichtag 31.12.2014 38.301 Asylberechtigte und 109.219 Personen mit einer Flüchtlingsanerkennung in der Bundesrepublik auf. Die Angaben belegten, dass Deutschland mit der Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge keineswegs überfordert sei, so Jelpke in einer Pressemitteilung vom 12.02.2015.

Ulla Jelpke: Flüchtlingszahlen kein Grund zur Panikmache (12.02.2015)

Bundesministerium des Innern: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31.12.2014 (09.02.2015, PDF, 1,2 MB)

Zahl der Abschiebungen gestiegen

Die Zahl der Abschiebungen ist 2014 im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der linken Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke vom 13.02.2015 hervor. 10.884 Menschen wurden im vergangenen Jahr abgeschoben, die Gesamtzahl von Abschiebungen, Zurückschiebungen und Zurückweisungen lag bei 17.463. 4.772 Ab- und Zurückschiebungen gingen in andere Dublin-Staaten, davon waren zu 28 Prozent Minderjährige betroffen.

Ulla Jelpke: Zahl der Abschiebungen erneut gestiegen (19.02.2015)

Bundesministerium des Innern: Abschiebungen im Jahr 2014 (13.02.2015, PDF, 2,3 MB)

25.042 Asylanträge im Januar 2015

Im Januar 2015 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 25.042 Asylanträge gestellt. Dies bedeutet einen Anstieg von 73,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2014. Davon waren 21.679 Erstanträge und 3.363 Folgeanträge. Entschieden hat das Bundesamt im Januar 2015 über die Anträge von 17.835 Personen. 7.780 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (43,6 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 124 Personen (0,7 Prozent) EU-rechtlichen subsidiären Schutz. Bei 137 Personen (0,8 Prozent) wurden Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: 25.042 Asylanträge im Januar 2015 (09.02.2015)

Materialien

Broschüre „Deutschkursangebote für Flüchtlinge“

Das Kooperationsprojekt „alpha OWL - Flüchtlingsrat NRW“ hat im Januar eine Broschüre über Deutschkursangebote für Flüchtlinge veröffentlicht. Da viele Flüchtlinge keinen Zugang zu den vom Bund organisierten Integrationskursen und den ESF- BAMF berufsbezogenen Sprachkursen haben, informiert die Broschüre „Deutschkursangebote für Flüchtlinge“ über kostengünstige oder kostenlose Deutschkursangebote verschiedener Institutionen, Organisationen und Initiativen für die Betroffenen. Anhand von 18 Beispielen zeigt die Broschüre die Vielfalt der alternativen Deutschkursangebote auf. Darüber hinaus liefert die Broschüre Anregungen, wie man vor Ort Deutschkursangebote für Flüchtlinge finden, und selbst zu einer Verbesserung des Deutschkursangebotes beitragen kann. Die Broschüre kann zum Stückpreis von 2,00 Euro zuzüglich Versandkosten unter der E-Mail-Adresse [alpha-owl\(at\)frrnw.de](mailto:alpha-owl(at)frrnw.de) bestellt oder auf der Internetseite des Flüchtlingsrats NRW kostenlos heruntergeladen werden.

Flüchtlingsrat NRW: Deutschkursangebote für Flüchtlinge (Januar 2015, PDF, 0,5 MB)

Bericht zur Ausbildung von Geduldeten

Um Geduldeten den Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu erleichtern, sollten rechtliche Hürden abgebaut und dauerhafte Beratungsstrukturen eingerichtet werden. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktueller Bericht zur betrieblichen Ausbildung von Geduldeten, den das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit im Januar 2015 veröffentlicht hat. Der achtseitige Artikel informiert unter anderem über die rechtlichen Grundlagen des Ausbildungszugangs sowie die Praxis der Ausländerbehörden und Arbeitsagenturen.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Betriebliche Ausbildung von Geduldeten (Januar 2015, PDF, 0,4 MB)

Informationsbroschüre für Flüchtlinge

Bereits im Dezember 2014 hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen die Broschüre „Rechte haben und Recht bekommen“ veröffentlicht, die die wichtigsten Informationen für Asylberechtigte, Flüchtlinge und

Menschen mit subsidiärem Schutzstatus zusammenfasst. Die Broschüre soll als Nachschlagewerk und Übersicht dienen. Sie erklärt, was die erteilten Aufenthaltstitel zu bedeuten haben, und ist als Hilfe gedacht, um sich im Behördendschungel leichter zurechtzufinden und Rechte durchsetzen zu können. Der Ratgeber steht in englischer und deutscher Sprache zum Download bereit.

Flüchtlingsrat Niedersachsen: Rechte haben und Recht bekommen (18.12.2014)

Handreichung zur Unterstützung von Flüchtlingen

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hat Anfang Februar einen praxisnahen Ratgeber für die haupt- und ehrenamtliche Unterstützung von Flüchtlingen veröffentlicht. Auf 68 Seiten werden die Grundzüge des Asyl- und Aufenthaltsrechts dargestellt, die Rechte und Pflichten von Flüchtlingen erläutert und zahlreiche Tipps für die Beratungs- und Unterstützungspraxis gegeben.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Flüchtlingshilfe konkret (PDF, 1,0 MB)

Flyer zur „Berufsbezogenen Deutschförderung“

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat einen aktuellen Informationsflyer zum ESF-BAMF-Programm „Berufsbezogene Deutschförderung“ veröffentlicht. Der Flyer, der über die Ziele, Teilnahmevoraussetzungen und Rahmenbedingungen des Programms informiert, steht auf der Internetseite des BAMF in zahlreichen Sprachen zum Download bereit.

BAMF: Flyer zum ESF-BAMF-Programm „Berufsbezogene Deutschförderung“

Ratgeber für Opfer rechter Gewalt

Eine neue Broschüre der Opferberatung Rheinland gibt einen Überblick, was Betroffene nach einem rechtsmotivierten oder rassistischen Angriff tun können. Der Ratgeber richtet sich an Menschen, die eine rechtsmotivierte oder rassistische Gewalttat erlebt haben, an ihre Angehörige und Freundeskreise sowie an Zeugen und Zeuginnen eines Angriffs.

Opferberatung Rheinland: Ratgeber für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in NRW (Januar 2015)

derjährigen in Eritrea veröffentlicht. Bereits im Dezember letzten Jahres veröffentlichte die Organisation einen Bericht zur Praxis der „Blutrache“ in Serbien.

Schweizerische Flüchtlingshilfe: Herkunftsländer

Länderberichte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe hat am 21.01.2015 einen Bericht zur Rekrutierung von Min-

Termine

06.02.-28.02.2015: Ausstellung „Nirgendwo ist hier“. Mensa Uni Köln, Restaurant (MG Süd), Zülpicher Straße 70, Köln

Weitere Informationen finden Sie unter www.nirgendwoisthier.de

25.02.2015: Lesung „Am Fuße der Festung“. 19.00 Uhr, Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, Bochum.

06.03.2015: Offenes Austausch- und Vernetzungstreffen für Ehrenamtliche. 16.00 Uhr, Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW, Wittener Straße 201, Bochum.

09.03.2015: Filmvorführung „Der Imker“. 19.00 Uhr, sweetSixteen-Kino, Immermannstr. 29, Dortmund

Weitere Informationen finden Sie unter www.sweetsixteen-kino.de

17.03.2015: Filmvorführung „persona non data“. 19.30 Uhr, Haus der Begegnung, Alsenstraße 19a, Bochum

27.03.2015: Fachtagung „Zugänge schaffen -Junge Geflüchtete in der Jugendverbandsarbeit“. Jugendherberge Köln Riehl, Raum Kattowitz, An der Schanz 14, Köln.

Weitere Informationen finden Sie unter www.ljr-nrw.de

30.03.2015: Filmvorführung „Wolfskinder“. 19.00 Uhr, sweetSixteen-Kino, Immermannstr. 29, Dortmund

Weitere Informationen finden Sie unter www.sweetsixteen-kino.de